Niederschrift

über die 10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am Mittwoch, 27.06.2012 um 17:35 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Rudolf Joseph FDP

Ratsmitglieder

Herr Christoph Bosbach SPD

Herr Dominik Stöter SPD

Herr Hans-Jürgen Weber SPD

Frau Claudia Schlottmann CDU

Herr Norbert Schreier CDU

Frau Sabine Kittel BA/CDf

Herr Alfred Will BA/CDf

Herr Dr. Heimo Haupt Freie Liberale

bis TOP 7

Vertretung für Herrn
Friedhelm Burchartz

Sachkundige Bürger/innen

Frau Marianne Münnich Bündnis90/Die Grünen

Herr Horst Ferber dUH

Beratende Mitglieder

Herr Gottfried Schmidt kath. Kirche

Herr Karl Hubert Stadtsportverband

ab TOP 8

Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke

Herr Ulrich Brakemeier

Frau Maria Gründken

Frau Simone Heese

Frau Birgit Schimang

Frau Jugendhilfeplanerin Stefanie Walder

Herr Michael Witek

Vertreter der Schulen

Herr Eduard Haas Theodor-Heus-Schule

Frau Sabine Klein-Mach Wilhelm-Fabry-Realschule

Herr Karl-Heinz Rädisch Helmholtz-Gymnasium

Frau Gisela Tröltzsch Ferdinand-Lieven-Schule

für Herrn Klaus Drewer

Vertreterin für Frau Anne
Gronemeyer

Frau Karin vom Steeg Astrid-Lindgren-Schule

Gäste

Herr Rachid Boukroum bgs Architekten zu TOP 8

Herr Detlef Garbe Dr. Garbe & Lexis zu TOP 5

Herr Jens Glittenberg bgs Architekten zu TOP 8

Beiräte

Herr Roland Hiob
Frau Hiltrud Stegmaier

Seniorenbeirat
Behindertenbeirat

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Geschäftsbericht 2011 des Amtes für Jugend, Schule und Sport WP 09-14 SV
51/206
- 3 Bildungsstadt Hilden WP 09-14 SV
51/196
 - Bildungsbericht 2011
 - Fortsetzung des Bildungsnetzwerkes
- 4 Anmeldestand zum Schuljahr 2012/2013 an den weiterführenden Schulen WP 09-14 SV
51/207
- 5 Schulentwicklungsplanung (SEP) weiterführende Schulen WP 09-14 SV
51/209
- 6 Schulentwicklungsplanung - Auflösung der Theodor-Heuss-Hauptschule WP 09-14 SV
51/208
- 7 Einrichtung einer Sekundarschule in Hilden WP 09-14 SV
51/210
- 8 Wilhelm-Fabry-Realschule - Energetische Sanierung und Umgestaltung zu einer Sekundarschule WP 09-14 SV
51/211
- 9 Umgestaltung des Helmholtz-Gymnasiums WP 09-14 SV
51/197
- 10 Prüfung der finanziellen Auswirkungen durch die Einführung eines Geschwisterbetrages im OGS- und VGS-Bereich -Antrag der CDU-Fraktion vom 01.03.2012 WP 09-14 SV
51/188
- 11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt
mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Da der Vorsitzende Herr Joseph und seine Stellvertreterin Frau Schlottmann im noch tagenden Stadtentwicklungsausschuss aufgehalten wurden und somit die Sitzung des Ausschuss für Schule und Sport nicht pünktlich eröffnet werden konnte, wurde zur Überbrückung der Wartezeit der für TOP 3 vorgesehene Filmbeitrag vorgezogen.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17:35 Uhr und stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Sitzungsvorlagen vollständig zugegangen sind.

Er entschuldigte sich für den verspäteten Beginn der Sitzung. Die kurzfristig einberufene Sonder-sitzung des Stadtentwicklungsausschuss habe das rechtzeitige Eintreffen von Frau Schlottmann, Herrn Schreier, Herrn Dr. Haupt und seiner selbst verhindert, da sich durch viele Wortbeiträge die Beschlussfassung verzögert habe.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Geschäftsbericht 2011 des Amtes für Jugend, Schule und Sport

WP 09-14 SV
51/206

Nach kurzer Aussprache nahm der Ausschuss für Schule und Sport die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bzw. der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den Geschäftsbericht 2011 des Amtes für Jugend, Schule und Sport zur Kenntnis.

3 Bildungsstadt Hilden

WP 09-14 SV
51/196

- Bildungsbericht 2011
 - Fortsetzung des Bildungsnetzwerkes
-

Herr Joseph stellte für die FDP-Fraktion nachfolgenden Änderungsantrag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Schul- und Sportausschuss folgende Ergänzungen zum Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung erklärt sich bereit, einen jährlichen Erfahrungs- und Bedarfsbericht dem Ausschuss für Schule und Sport vorzulegen.
2. Eine Wiedervorlage der freiwilligen Leistung nach drei Jahren wie am 06.04.2011/SV20/0838/1 vom Rat der Stadt Hilden beschlossen.

Begründung:

Die FDP-Fraktion ist von dem Erfolgskonzept des Hildener regionalen Bildungsnetzwerkes überzeugt. Wir sind für die Einrichtung und Weiterführung der bewährten Arbeitsweise des Bildungskordinators. Gleichwohl sollte eine Wiedervorlage nach dem Ratsbeschluss zu den freiwilligen Leistungen nicht außer Acht gelassen werden.“

Frau Münnich erklärte, ihre Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde diesen Änderungsantrag nicht mit tragen.

Herr Bosbach führte aus, alle Fraktionen hätten sich in der Jugendhilfeausschusssitzung dafür ausgesprochen, die Einrichtung einer Bildungskoordinatorstelle dauerhaft zu installieren und diese zu entristen. Ein jährlicher Bildungsbericht werde bisher schon dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Schule und Sport vorgelegt.

Frau Schlottmann erklärte, dass Bildungsnetzwerk habe sich in Hilden gut etabliert und müsse fortgeschrieben werden. Es sei nicht nötig, von vornherein eine Überprüfung der freiwilligen Leistungen nach drei Jahren festzulegen. Die jährliche Vorlage eines Bildungsberichts erfolge schon jetzt im Ausschuss für Schule und Sport und dem Jugendhilfeausschuss. Eine Festschreibung der Vorlage im Ausschuss für Schule und Sport könne man vornehmen. Somit werde die CDU-Fraktion nur Punkt 1 des eingebrachten Antrages unterstützen.

Herr Beig. Gatzke berichtete, der Rat habe für freiwillige Leistungen grundsätzlich eine Wiedervorlagefrist von drei Jahren festgelegt. Es sei wichtig für Hilden als Bildungsstadt ein Bildungsnetzwerk mit einem Bildungskoordinator dauerhaft zu installieren. Ein großer Teil der Tätigkeiten des Bildungskordinators sei die Erfüllung von gesetzlichen Verpflichtungen.

Herr Joseph zog den Punkt 2 des gestellten Antrages zurück.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den Bildungsbericht 2011 zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Schule und Sport, das erfolgreiche Konzept des lokalen Bildungsnetzwerkes dauerhaft zu etablieren. Die vorhandene Stelle des Bildungskoordinators wird unbefristet eingerichtet. Es wird jährlich ein Bildungsbericht vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

4	Anmeldestand zum Schuljahr 2012/2013 an den weiterführenden Schulen	WP 09-14 SV 51/207
---	---	-----------------------

Frau Münnich erkundigte sich wieso im Schuljahr 2012/2013 nur ein Kind aus Hilden in den Gemeinsamen Unterricht der 5. Klasse an der Bettine-von-Arnim-Gesamtschule aufgenommen werde.

Herr Beig. Gatzke berichtete, es sei nicht bekannt, dass ein Kind aus Hilden unversorgt geblieben sei. Die Schulleitung der Bettine-von-Arnim-Gesamtschule wollte bis zur heutigen Ausschusssitzung Auskunft über den Sachverhalt geben. Leider sei dies nicht mehr geschehen. Diese ausstehende Information werde in der Niederschrift nachgereicht.

Herr Bosbach bat darum, auch den Förderbedarf bekannt zu geben.

Anmerkung der Verwaltung

Es lagen der Gesamtschule vier Anmeldungen aus Hilden und acht Anmeldungen aus Langenfeld für die integrative Lerngruppe vor. Aufgenommen wurden ein Schüler aus Hilden und fünf Schüler aus Langenfeld. Es galten folgende Aufnahmekriterien:

- Berücksichtigung sozialer Härtefälle
- Aufnahme von Schülern aus dem Gebiet des Zweckverbandes Langenfeld/ Hilden
- Losentscheid.

Bei dem aufgenommenen Schüler aus Hilden besteht der Förderbedarf Lernen.

Herr Dr. Haupt führte aus, Langenfeld plane die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule. Er fragte nach, ob sich daraus Probleme für die Hildener Schullandschaft entwickeln und es zu einer Konkurrenz mit der entstehenden Sekundarschule in Hilden kommen könnte.

Herr Beig. Gatzke berichtete, dies sei schon im Unterausschuss diskutiert worden. Die Stadt Hilden müsse an dem Bewilligungsverfahren für eine neue Gesamtschule in Langenfeld beteiligt werden und dazu ihre Meinung abgeben. Es sei hier eine kritische Betrachtung angebracht. Erst bei Vorlage konkreter Daten könne eine Betrachtung der Schülerströme und deren Auswirkungen für Hilden diskutiert werden.

Ohne weitere Wortmeldungen nahm der Ausschuss für Schule und Sport die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport nimmt Kenntnis vom derzeitigen Stand der Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen.

Herr Dr. Garbe berichtete, dass das städtische Helmholtz Gymnasium auch zukünftig von einer gesicherten Vierzügigkeit ausgehen könne, die städtische Wilhelm-Fabry-Realschule aufgrund der demographischen Entwicklung von rückläufigen Schülerzahlen ausgehen müsse und ihr Bestand gefährdet sei. Die Theodor-Heuss-Schule könne aufgrund stark rückläufiger Übergangsquoten und nur acht Anmeldungen für das Schuljahr 2012/2013 keine Eingangsklasse mehr bilden und müsse aufgrund schulrechtlicher Vorgaben sukzessive aufgelöst werden. Aus diesen Gründen sei aus Sicht der Schulentwicklungsplanung die Einrichtung einer Sekundarschule für Hilden empfohlen worden.

Die Elterninformation mit der Befragung sei erfolgt. Das Ergebnis habe eindeutig gezeigt, dass die befragten Eltern eine Sekundarschule in Hilden für Ihre Kinder wünschen.

Herr Beig.Gatzke führte aus, aus dem vorgestellten Schulentwicklungsplan leiteten sich schulorganisatorische Maßnahmen ab, die in der heutigen Ausschusssitzung durch Beschlussfassung auf den Weg gebracht werden müssen. Alle Maßnahmen seien mit den betroffenen Schulleitungen und den zuständigen Schuldezernenten der Bezirksregierung abgestimmt.

Die Ziele für den Inklusionsteil seien konkret und zielgerichtet formuliert, zeigten die Haltung der Stadt Hilden zu diesem Thema und hätten ein „Alleinstellungsmerkmal“ in NRW.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport den „Bericht zur Schulentwicklungsplanung (SEP) weiterführende Schulen“ in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Nach kurzer Aussprache fasste der Ausschuss für Schule und Sport nachfolgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport:

1. Die städt. Hauptschule Theodor-Heuss wird gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) sukzessiv aufgelöst. Die Auflösung erfolgt in der Weise, dass ab dem Schuljahr 2012/2013 an der Theodor-Heuss-Hauptschule keine Schüler für die Eingangsklasse aufgenommen werden und folglich keine Eingangsklasse gebildet wird. Die Theodor-Heuss-Hauptschule wird so lange weitergeführt, wie ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb Aufrecht erhalten werden kann.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Schule gem. § 76 SchulG und das Genehmigungsverfahren nach § 81 SchulG einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

7 Einrichtung einer Sekundarschule in Hilden

WP 09-14 SV
51/210

Ohne Wortmeldung fasst der Ausschuss für Schule und Sport folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage der Schulentwicklungsplanung (SEP) für die weiterführenden Schulen in Hilden und dem Ergebnis der Elternbefragung fasst der Rat der Stadt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport folgenden Beschluss:

1. Die städt. Hauptschule Theodor-Heuss wird gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) beginnend mit dem Schuljahr 2012/2013 sukzessive aufgelöst. Die Auflösung erfolgt in der Weise, dass ab dem Schuljahr 2012/2013 an der Theodor-Heuss-Hauptschule keine Schüler für die Eingangsklasse aufgenommen werden und folglich keine Eingangsklasse gebildet wird. Die Theodor-Heuss-Hauptschule wird so lange auslaufend fortgeführt, wie ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb aufrechterhalten werden kann (s. Beschlussvorschlag zur Sitzungsvorlage WP 09-14 51/208).
2. Die Wilhelm-Fabry-Realschule wird beginnend mit dem Schuljahr 2013/2014 sukzessive aufgelöst und so lange auslaufend fortgeführt, wie ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb aufrechterhalten werden kann. Eingangsklassen werden ab dem Schuljahr 2013/2014 nicht mehr gebildet.
3. Die Stadt Hilden stellt auf der Grundlage des Ergebnisses der Elternbefragung (Anlage 1) und der Prognose der Schülerzahlen im Sekundarbereich (Anlage 2) fest, dass für die Errichtung einer Sekundarschule in Hilden ein Bedarf besteht.
4. Zum Schuljahresbeginn 2013/2014 wird eine teilintegrierte Sekundarschule mit drei Zügen im gebundenen Ganztage errichtet.
5. Das Schulprogramm orientiert sich an dem als Anlage 3 beigefügten Pädagogischen Konzept für die Sekundarschule in Hilden.
6. Auf Grundlage der als Anlage 4 beigefügten Kooperationsvereinbarungen gehen
 - die Sekundarschule und das Städt. Helmholtz-Gymnasium und
 - die Sekundarschule und das Berufskolleg Hilden des Kreises Mettmanneine verbindliche Kooperation ein.
7. Die Sekundarschule nimmt ihren Betrieb zum Schuljahresbeginn 2013/2014 in den Räumlichkeiten der städt. Wilhelm-Fabry-Realschule, Am Holterhöfchen 26, 40724 Hilden, auf.
8. Die Festlegung des Schulnamens erfolgt durch separaten Beschluss.
9. Die erforderlichen baulichen Investitionen im Zusammenhang mit der Errichtung der Sekundarschule orientieren sich an der mit der Sitzungsvorlage WP 09-14 51/211 vor-

gelegten Architektenplanung.

Über die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Wilhelm-Fabry-Realschule - Energetische Sanierung und Umgestaltung zu einer Sekundarschule

WP 09-14 SV
51/211

Herr Joseph stellte Herrn Glittenberg und Herrn Boukram von bgs Architekten vor.

Herr Glittenberg stellte an Hand eines Power-Point-Vortrages die angedachten Maßnahmen vor.

Frau Kittel fragte nach, weshalb man sich für den Einbau der wesentlich teureren Fenster mit Aluminiumrahmen entschieden habe.

Frau Gründken erklärte, im Schulbereich hätten sich die Fenster mit Aluminiumrahmen bewährt, da diese langlebiger, die Oberfläche nicht so anfällig für Kratzer sei und nicht gestrichen werden müssten.

Herr Ferber merkte an, die Gesamtsumme der Maßnahmen mit 9 Millionen Euro sei sehr hoch. Er fragte nach, ob die Kosten nach dem abgeschlossenen Ausschreibungsverfahren niedriger ausfallen könnten und ob ein Abriss und Neubau nicht günstiger sei.

Herr Glittenberg teilte mit, dass für ein Abriss und Neubau ca. 20 – 30 Millionen zur veranschlagen seien. Es sei abzuwarten, welche Kosten nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens tatsächlich entstehen. Er halte die angegebene Summe von 9 Millionen für realistisch.

Herr Bosbach erkundigte sich, für welchen Bauabschnitt die Sanierung der Toilettenanlagen vorgesehen sei. Er regte an, diese Renovierungsmaßnahme direkt als erstes abzuhandeln. Außerdem erkundigte er sich nach dem baulichen Zustand der Pavillons. Ebenfalls regte er an, den für den dritten Bauabschnitt geplanten Einbau des Aufzuges vorzuverlegen. Er bat die Planung der Sanierungsmaßnahmen so anzugehen, dass ein moderner Schulstandort geschaffen werde, der dann keine weiteren Sanierungsmaßnahmen mehr verursache.

Herr Glittenberg teilte mit, dass für den ersten Bauabschnitt die Sanierung der Toilettenanlagen im Hauptgebäude vorgesehen sei. Für den dritten Bauabschnitt sei die Sanierung der Toilettenanlage im südlichen Gebäude vorgesehen. Da im dritten Bauabschnitt der komplette südliche Gebäudeteil saniert werde, mache es keinen Sinn diese Sanierungsmaßnahme vorzuziehen. Die Pavillons sind bereits saniert und befänden sich daher in einem guten Zustand. Es sei kein Problem den Einbau des Aufzuges terminlich nach vorne zu verlegen.

Frau Schlottmann sprach sich ebenfalls für eine Verschiebung des Aufzugeinbaus in einen früheren Bauabschnitt aus. Sie wies daraufhin, dass mit den Sanierungsmaßnahmen eine Schule für Morgen geschaffen werden solle. Daher sei es wichtig die Erwartungen der Eltern und Schüler an die Unterrichts und Aufenthaltsräume abzufragen und die Betroffenen mit in die Planung einzubeziehen.

Herr Dr. Haupt wies darauf hin, dass die Freien Liberalen im Umwelt- und Klimaausschuss den Antrag eingebracht hätten, im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen den öffentlichen Bereich, der der Erholung dient, von den Schulbereichen zu trennen.

Herr Beig. Gatzke erklärte, zukünftig konzentrieren sich die städtischen weiterführenden Schulen

im Bildungscampus Holterhöfchen. Dafür sei es wichtig, die Gebäude umzubauen und energetisch zu sanieren. Zwei Hauptschulstandorte werden dafür aufgegeben. Dadurch ergebe sich eine jährliche Einsparung von 530.000 Euro. Notwendig sei auch eine Sanierung der Schulhöfe. Das Sanierungskonzept für den Bereich Holterhöfchen sehe dies auch so vor.

Frau Münnich stellte für das Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:

”

1. Die Sitzungsvorlage WP 09-14 SV 51/211 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz weitergeleitet.
2. Dieser tagt in einer Sondersitzung vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.09.2012.
3. Sollte dies keine Mehrheit finden, erfolgt eine Beratung in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 26.08.2012.
4. Vor Sitzungsbeginn findet eine Ortsbesichtigung statt, zu der auch die Mitglieder des Ausschusses für Schule und Sport eingeladen werden.
5. Bis zum Sitzungstermin liegen die dem Haupt- und Finanzausschuss zugesagte Folgekostenberechnung und die Berechnung der zu erwartenden Energieeinsparung vor.
6. Außerdem wird bis zur Sitzung des Fachausschusses eine Kostenberechnung für eine Fassadensanierung nach Vorgaben der EnEV 2012 mit einer Energieeinsparungsberechnung vorgenommen.
7. Es ist zu prüfen, ob eine Sanierung nach Passivhausstandard durchführbar ist, welche Mehrkosten entstehen und wie hoch die zu erwartende zusätzliche Energieeinsparung ist.
8. Für alle Sanierungsmodelle ist zu klären, ob für die Sanierung der Wilhelm-Fabry-Realschule Fördermittel beantragt werden können.“

Herr Beig. Gatzke erklärte, die gewünschte Sondersitzung sei nur am 03. oder 04.09.2012 möglich. Punkt drei sei als erledigt zu betrachten, da diese Maßnahmen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Stadtentwicklungsausschusses fielen. Eine Beantragung von Fördermittel sei nicht mehr möglich, da jedes Jahr vom Land eine Bildungspauschale fließe, die die Finanzierung solche Maßnahmen einschließe.

Frau Gründken teilte mit, dass die gewünschte Prüfung von Punkt sieben ca. 25.000 Euro Kosten verursachen würde. Diese Mittel stünden in diesem Haushaltsjahr nicht mehr zur Verfügung und müssten bei Wunsch der Umsetzung zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Das Gebäude der Wilhelm-Fabry-Realschule in ein Passivhaus umzuwandeln, hätte eine Steigerung der Gesamtkosten um 25 -30% zur Folge. Außerdem wies sie daraufhin, dass bei einem Passivhaus die Fenster nicht geöffnet werden dürften und dies für einen Schulbetrieb gänzlich ungeeignet sei.

Frau Münnich erklärte daraufhin, dass Punkt drei gestrichen werden könne und über Punkt 7 separat abgestimmt werden solle. Außerdem fragte sie nach, ob Fördermittel für die energetische Sanierung abgerufen werden können.

Frau Gründken sicherte zu, zu klären, ob im Rahmen des Klimaschutzbündnisses diese Maßnahmen mit aufzunehmen und Fördermittel dafür abzurufen seien.

Frau Kittel merkte an, dass die EnEV 2012 noch nicht in Kraft getreten sei und fragte nach, ob dann nicht auf die Vorgaben von 2009 zurückgegriffen werden müsse.

Frau Gründken erklärte, es mache Sinn, die Maßnahmen direkt auf die EnEV 2012 auszurichten.

Frau Schlottmann und **Herr Joseph** baten darum, auch Punkt 8 von der Prioritätenliste zu nehmen, da dieser schon im Ausschuss beantwortet werden konnte.

Daraufhin ließ der Vorsitzende über die Punkte 1; 2; 4; 5 und 6 des Antrages des Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Der Ausschuss für Schule und Sport fasste folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Dann rief der Vorsitzende zur Abstimmung über Punkt 7 auf.

Der Ausschuss für Schule und Sport fasste nachfolgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Nein
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Nein
Fraktion Freie Liberale:	Nein

Nun ließ der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Schule und Sport fasste folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport den Bericht der Verwaltung zur erforderlichen energetischen Sanierung der Wilhelm-Fabry-Realschule und zur Umgestaltung des Gebäudes zu einer Sekundarschule zur Kenntnis.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport die in den § 14 GemHVO Unterlagen beschriebenen Maßnahmen zur energetischen Sanierung und zur Umgestaltung zur Sekundarschule an der Wilhelm-Fabry-Realschule. Die Mittel werden im Haushaltsplanentwurf 2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

9 Umgestaltung des Helmholtz-Gymnasiums

WP 09-14 SV
51/197

Frau Schlottmann erkundigte sich, ob es richtig sei, dass noch nicht alle Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen seien.

Frau Gründken bestätigte dies. Während des Unterrichts seien keine lärmintensiven Arbeiten möglich, somit könnten diese nur in die Schulferien verlagert werden. Die Arbeiten an der Fassade werden in den Sommerferien durchgeführt, für die Herbstferien sei die Sanierung der Toilettenanlage im Hauptgebäude vorgesehen. Die Sanierung der Toilettenanlagen im Kocks-Gebäude sei abgeschlossen.

Herr Dr. Haupt erinnerte, dass bei der Neugestaltung der Pavillons und deren Nutzung als Musikräume auch an einen Lärmschutz für die Anwohner an der Pungshausstraße gedacht werden solle.

Herr Beig. Gatzke erklärte, dass Problem sei schon benannt und werde Berücksichtigung finden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den weiteren Sachstandsbericht zur Umgestaltung des Helmholtz-Gymnasiums zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der vorgelegten Konzeption die § 14 Unterlagen mit den entsprechenden Kostenberechnungen zur nächsten Sitzung des Ausschusses vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

10 Prüfung der finanziellen Auswirkungen durch die Einführung eines
Geschwisterbeitrages im OGS- und VGS-Bereich -Antrag der
CDU-Fraktion vom 01.03.2012

WP 09-14 SV
51/188

Frau Schlottmann stellte für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

„Für Eltern mit einem jährlichen Jahreseinkommen von 75.000 Euro soll ab 01.01.2013 ein Geschwisterbeitrag in Höhe von 50% im Bereich der OGS und VGS erhoben werden.“

Frau Münnich erklärte, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde diesem Vorschlag nicht zustimmen. Hilden sei eine familienfreundliche Stadt und solle dies auch bleiben, deshalb könne keine Erhebung eines Geschwisterbeitrages ab einem gewissen Einkommen erfolgen.

Frau Kittel betonte, die Fraktion BA/CDf werde dem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht folgen. Es sei nicht sinnvoll in Hilden eine „Reichensteuer“ einzufügen.

Herr Bosbach teilte mit, die SPD-Fraktion werde den Antrag nicht unterstützen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen ließ der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Herr Will war bei dieser Abstimmung nicht mehr anwesend.

Beschlussvorschlag:

Für Eltern mit einem jährlichen Jahreseinkommen von 75.000 Euro soll ab 01.01.2013 ein Geschwisterbeitrag in Höhe von 50% im Bereich der OGS und VGS erhoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmgleichheit abgelehnt

SPD-Fraktion:	Nein
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Nein
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale:	Ja

11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Herr Gatzke berichtete, das Rechnungsprüfungsamt habe den Jahresabschluss des Stadtsportverbandes geprüft und dem Rechnungsprüfungsausschusses vorgelegt. Es hätten sich keinerlei Hinweise ergeben, dass Mittel Zweck entfremdet eingesetzt wurden.

Der Bericht wird in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zur Beratung vorgelegt werden.

12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Rudolf Joseph
Vorsitzender

Simone Heese
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister